



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

F/VII/274 - 27.11.1952

Hinweise  
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 37654-59  
Fernschreiber 039890

Die Welt blickt auf die Saar	S. 1
Zum Prager Kommunisten-Kongress	S. 3
Verbeugung vor Karl Marx	S. 5

## Vor der unfreien Wahl

Von Dr. Karl Mommer, MdB.

Man ist immer versucht, im Voraus zu schätzen, welches das Resultat einer Wahl sein wird. Das ist besonders schwierig bei Wahlen unter einem Polizeiregime, wie dem an der Saar, wo die separatistischen Parteien bis zur letzten Stunde zu Wahlmanövern greifen können, während die verbotenen, für den Wahlboykott werbenden drei deutschen Parteien sich darin, sowie in den technischen Möglichkeiten der Propaganda, in einer hoffnungslosen Unterlegenheit befinden.

Die letzte Landtagswahl im Saargebiet fand vor fünf Jahren statt; es war eine Hunger-, Demontage- und Ausweisungswahl. Trotzdem wagten es rund 5 Prozent der Wahl fernzubleiben, weitere 10 Prozent gaben auch damals schon, ohne jede organisierte Propaganda, aus Protest gegen das Regime ungültige Stimmzettel ab. Für die Kommunisten, die damals wie jetzt trotz ihres Eintretens für den Verbleib der Saar bei Deutschland zur Wahl zugelassen wurden, wurden 8,4 Prozent der Stimmen abgegeben. Schon damals also gab ein gutes Fünftel der Wahlberechtigten Proteststimmen gegen das Regime ab.

Das Ergebnis des nächsten Sonntags wird man in erster Linie nach der Zahl der Wahlenthaltungen und ungültigen Stimmzettel beurteilen müssen; die Enthaltungen werden ganz besonders zu werten sein, da nach dem Aufruf der unterdrückten deutschen Opposition zur Wahlenthaltung diese ein öffentliches Bekenntnis bedeutet und kaum jemand aus Trägheit der Wahlurne fernbleiben wird. Man wird zu diesen Stimmen die für die Kommunisten abgegeben hinzuzählen müssen, deren Eintreten für Deutschland zwar durch ihre Politik der "Friedenslinie" an der Oder-Weisse in besonderem Licht erscheint, deren Wähler aber in diesem Falle gerade wegen des Auftretens gegen den Separatismus die kommunistische Partei wählen

werden.

Die erwartende Stimmzahl wird in jedem Falle sehr beachtlich werden. Schon sieben Jahre währt das zur Wahl besonders verstärkte Trommelfeuer der französisch-separatistischen Propaganda. Jede Stimme, die trotzdem gegen das Regime abgegeben wird, hat ein ganz anderes Gewicht als unter Bedingungen der Freiheit. Die Wirkung einer einseitigen von der Besatzungsmacht inspirierten und massiven Propaganda lässt sich auch in dem östlichen Gegenstück leicht aufzeigen. Hier in der Bundesrepublik, unter Bedingungen der Freiheit, werden noch 4 bis 5 Prozent der Stimmen für die Kommunisten abgegeben. Alle Kenner sind sich aber darüber einig, dass in der sowjetrussischen Zone, wenn dort sehr kurzfristig freie Wahlen abgehalten würden, die Kommunisten das Mehrfache dieses Stimmenanteils erhalten würden, obschon dort das stärkste anti-kommunistische Argument, der Kontakt mit den Sowjetrussen, in verstärktem Masse wirksam war. Das Monopol der Meinungsbildung durch Presse, Rundfunk, Versammlungen, Schule usw., führt dort wie an der Saar dazu, dass unendlich viele Menschen irregeleitet werden. Die Beeinflussungsmöglichkeiten von draussen sind im Vergleich zu der Massivität und Allgegenwart der offiziellen Propaganda mehr als bescheiden. So wird auch das Wahlergebnis an der Saar nur dem etwas Gültiges über den Ausgang einer freien Wahl mit genügender Vorbereitungszeit aussagen, der diesem Umstand Rechnung trägt.

Schon 1947 war der Widerstand nicht gering; inzwischen hat sich die separatistische Position drinnen und draussen gewaltig verschlechtert. Wenn auch verboten und auch an der Entfaltung ihrer Tätigkeit verhindert, sind die drei deutschen Oppositionsparteien doch zu Kristallisationspunkten des Widerstandes gegen die frankreichhörige Politik geworden. Das Bekenntnis der Bundesregierung und des ganzen Bundestages zu ihnen gibt ihnen erhöhtes Prestige. Kurzum, die deutsche Saarbevölkerung ist nicht mehr führungslos wie 1947.

Der Verzweiflungstreich gegen den Vorsitzenden der Einheitsgewerkschaft und des Bergarbeiter-Verbandes, Paul Kutsch, hat bewiesen, dass der Separatismus sich so bedroht fühlt, dass er mit den niederträchtigsten Mitteln nach Augenblickserfolgen streben muss. Der Druck der Opposition ist so gross, dass die separatistischen Parteien, deren Forderungen grossenteils übernehmen müssen; die französische Regierung muss durch das Versprechen, die verhassten Konventionen zu revidieren, Wahlhilfe leisten.

Wir können mit Ruhe dem Ergebnis des 30. November entgegensehen. Es wird weithin sichtbar machen, was immer schon aus Gesetzgebung und Verwaltungspraxis im Saargebiet unzweifelhaft war: wie das Land Berlin eine Insel der Freiheit im Meer der östlichen Tyrannei ist, so ist das deutsche Saargebiet durch den Willen Frankreichs eine Insel der Unfreiheit im Gebiet der westlichen freien Welt. Wenn Europa keine Lüge sein soll, muss diese Insel verschwinden.

Stalin auf Hitlers Spuren

## Israel über den Prager Schauprozess erschüttert

H.F. Vor den Augen der erstaunten Welt rollte wieder einmal ein kommunistischer Hexenprozess ab. Was den Prager Prozess aber von seinen Vorgängern unterscheidet ist, dass hier eine Tendenz hineingetragen wurde, die bisher das Privileg der faschistischen Diktaturen war, der Antisemitismus. Nun ist auch in diesem Punkte eine weitere Grenze zwischen faschistischen und kommunistischen Regimen verschwunden. Elf von vierzehn der Angeklagten sind Juden. Dies wäre an sich nicht von Bedeutung, wenn man nicht seit Jahren die antisemitischen Tendenzen in der innerrussischen Politik und in den Volksdemokratien beobachtet haben würde. Hier handelt es sich um ein Stück bewusster Politik, wenn auch die Motive dafür nicht restlos geklärt werden können. Sicher ist, dass für die innerpolitischen Fehler Sündenböcke gesucht werden. Dass es besonders in der Tschechoslowakei an Produktionsstockungen, Sabotageakten und an politischer Zersetzung nicht fehlt, beweist das Studium der tschechischen Presse. Der Vorwurf des "Zionismus" gegenüber den Angeklagten ist aber nur der Versuch, Aktionen nachdrücklich zu verdammen, die einst erklärte Politik auch der jetzigen Machthaber waren.

Der Zionismus wurde von den Kommunisten nie anerkannt, sondern immer bekämpft. Eine ziemlich plötzliche Wandlung trat ein, als 1948/49 nach der Gründung des Staates Israel Sowjetrußland die Palästinenser in ihrem Kampf gegen die Araber unterstützte. Nach der Bildung des Staates Israel war die Sowjetunion das erste Land, das den jungen Staat de jure und de facto anerkannte. Besonders die Tschechoslowakei war eins der wenigen Länder, das zu jener Zeit die Juden in Israel mit Waffen belieferte. Auch in anderer Hinsicht wurde der Zionismus zumindest in der Form toleriert, dass man der jüdischen Auswanderung nach Israel von Seiten der Volksdemokratien keinen Riegel vorschob.

In Israel selbst kam man daher in den ersten Jahren der sowjetischen Aussenpolitik weitgehendst entgegen. In der UNO scheute man sich davor, offen mit dem Westen gegen den Ostblock zu stimmen. Die israelische Gewerkechaftsbewegung hat länger als alle anderen freien Gewerkschaften dem kommunistischen Weltgewerkschaftsbund angehört und ihn erst vor nicht allzulanger Zeit verlassen. Die Regierungspartei, die MAPAI, hatte in den

letzten Jahren nicht nur wegen der deutschen Frage ihre aktive Mitarbeit in der Sozialistischen Internationale eingestellt, da diese Tätigkeit in den Augen des Ostens unerwünscht gewesen wäre.

Das alles hat sich im letzten Jahr Schritt für Schritt geändert. Die Auswanderung aus den Volkdemokratien wurde gestoppt und als illegal erklärt. Die MAPAI hat ihre Tätigkeit in der Internationale wieder aufgenommen. Eine Reihe von Äusserungen seitens des israelischen Aussenministers Sharett liessen keinen Zweifel daran, dass Israel sich mit dem Westen verbunden fühlt.

Die Angeklagten in Prag hatten zur Zeit der Gründung des Staates Israel ganz bewusst Kontakte mit führenden zionistischen Persönlichkeiten und Organisationen aufgenommen und handelten zweifelsohne im Einklang mit sowjetischen aussenpolitischen Zielen. Gerade dafür aber werden sie jetzt geopfert.

In Israel hat der Prager Prozess eine ungeheure Schockwirkung <sup>ausgelöst</sup>. ~~Rein~~ gefühlsmässig sind die Bewohner noch heute Sowjetrussland für seine damalige Anerkennung dankbar. Desto empörter ist jetzt die Reaktion der gesamten israelischen Öffentlichkeit. Während die offizielle kommunistische Partei in Israel unbedeutend ist, gibt es aber eine starke Partei, die MAPAM, die in allen Fragen, mit Ausnahme der des Zionismus, die kommunistische Linie vorbehaltlos unterstützt. Einer ihrer Führer, Goren, ist direkt in den Prager Prozess verwickelt. Jetzt schreibt das bisher prokommunistische Blatt "Al Kishar" der MAPAM: "Ohne jedes Zögern proklamieren wir, dass unser Freund Goren als treuer Abgesandter unserer Bewegung handelte. Wir sind überzeugt, dass er nie gegen die Tschechoslowakei eingestellt oder etwas zu tun gewagt hätte. Wir verlangen seine Freilassung". Wenn selbst das MAPAM-Organ gezwungen wird, an Beispiel eines ihrer Führer Anschauungsunterricht kommunistischer Praxis zu erfahren, dann ist damit zu rechnen, dass die MAPAM in Zukunft ihre prokommunistische Haltung revidieren wird. Dies wird allerdings ohne eine Spaltung nicht möglich sein. Das direkte Resultat des Prager Prozesses wird also für Israel zur Spaltung und damit zur Dezimierung der wichtigsten prokommunistischen Partei führen. In der übrigen Welt muss der Hexenprozess in Prag als eine Aufforderung zum Judenhass erkannt und als verabscheuungswürdig verdammt werden.

Verbeugung vor Karl Marx

(sp) In letzter Zeit wird in Zeitungen, Kundgebungen und Vorträgen einer bestimmten Richtung besonders viel von der "Praxis gegen den Klassenkampf, von "neuen Wegen der betrieblichen Partnerschaft" und der Fürsorge wohlsitruierter Unternehmungen für ihre Betriebsangehörigen gesprochen. Die Häufung solcher patriarchalischen Parolen und Beteuerungen am Beginn eines Wahlkampfes, der zu einem erheblichen Teil in der Austragung des, vor allem durch die Haltung weiter Teile des Unternehmertums entstandenen Gegensatzes zwischen den Arbeitnehmern und ihm besteht, ist immer verdächtig. Unzählige Male ist im Laufe der letzten Generationen versucht worden, auf diese Weise von dem entscheidenden und grundsätzlichen politischen Anliegen der wirtschaftlich Abhängigen abzulenken. Vielleicht ist die klassische Periode des Klassenkampfes wirklich überwunden. Ein wesentlicher Teil der Gegensätze, die auch ihren Inhalt ausmachten, besteht aber leider fort. Sie müssen ausgetragen werden.

In einer Betrachtung über die Arbeitslosigkeit behauptete kürzlich eine gutbürgerliche Wochenzeitung zweimal im Laufe der letzten hundert Jahre sei eine angekündigte Revolution "paradoxe Weise durch das kapitalistische System überflüssig gemacht worden" was übrigens schon in der Sache nicht stimmt. Davon aber abgesehen, war das folgende Eingeständnis sehr interessant: "Allerdings geschah das nur - das sollte man gerechterweise nicht vergessen - weil die Sozialisten und die Ideen von Karl Marx die Kapitalisten zwangen, nach und nach ihre, zunächst ausschliesslich egoistische Politik aufzugeben und aus jener Engel'schen Epoche, in der die Akkumulation des Kapitals tatsächlich begleitet war von einer Akkumulation des Elends, in eine Zeit vorzudringen, in der das Allgemeinwohl oberstes Prinzip ist".- Von dieser Seite eine erstaunliche Anerkennung des Verdienstes der Ideen von Karl Marx. Dass man freilich in eine Zeit vorgedrungen sei, in der das Allgemeinwohl oberstes Prinzip ist, das zu behaupten, ist geradezu tollkühn. In der Bundesrepublik jedenfalls liefert jeder Tag handgreifliche Gegenbeispiele.